**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/3287**

**16. Wahlperiode** 08. 11. 2006

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

## Neues strategisches Konzept für die NATO

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die NATO ist Ausdruck der Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und als System kollektiver Verteidigung der Sicherheitsanker für Europa. Die transatlantischen Beziehungen, d. h. die Partnerschaft zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten, stellen neben der europäischen Integration das wichtigste Fundament für die deutsche und die europäische Außenpolitik dar. Die politische und die strategische Bindung zwischen Europa und Nordamerika basiert auf gleichen Werten und gleichgerichteten Interessen: Europa und Nordamerika blicken auf eine gemeinsame Kultur- und Geistesgeschichte zurück. Beide haben ein sehr ähnliches Grundverständnis von repräsentativer Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaat und Marktwirtschaft und weisen strukturell vergleichbare Zivilgesellschaften auf. Dem trägt die militärische Integration im Rahmen der NATO und die gemeinsame Reaktion auf Bedrohungen, die ihren exemplarischen Ausdruck in der Beistandsgarantie des Artikels 5 des NATO-Vertrags findet, Rechnung. Diese kollektive Bündnisverteidigung bleibt auch in Zukunft konstitutiv für die NATO und ihre wichtigste Kernaufgabe.

Die transatlantischen Beziehungen wurden maßgeblich durch den Ost-West-Konflikt geprägt. Die kommunistische Bedrohung durch die Sowjetunion wurde zum Katalysator einer engen Bindung zwischen den USA einerseits und den westeuropäischen Staaten andererseits. Eckpfeiler und Synonym des transatlantischen Verbundes wurde die NATO. Mit dem Ende des Kalten Krieges 1989 entfiel das einigende Element der Bedrohung durch den Warschauer Pakt und

die Sowjetunion; damit änderten sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für die transatlantischen Beziehungen.

Die NATO ist heute und bleibt auf unabsehbare Zeit das wichtigste militärische Bündnis, um unter Wahrung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen angemessen auf militärische Bedrohungen zu reagieren. Der Deutsche Bundestag unterstützt daher die Transformationsbemühungen der NATO, die neben ihrer Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung erfolgreich zur Stabilisierung von Krisenregionen beiträgt. Sie übernimmt wichtige Aufgaben bei friedenserhaltenden Maßnahmen auf dem Balkan und in Afghanistan.

Die NATO war aber von Beginn an nicht als ein reines Militärbündnis, sondern vorrangig als ein politisches Bündnis konzipiert. Der NATO-Gipfel in Riga am 28./29 November 2006 fällt in eine Zeit, in der über Rolle, Ausrichtung und Ausdehnung der NATO innerhalb des Bündnisses intensiv diskutiert wird. Damit bietet dieser Gipfel die Gelegenheit, diese aktuellen Fragen auf die Tagesordnung zu setzen. Die NATO muss wieder das zentrale transatlantische Diskussions-, Entscheidungs- und Handlungsgremium werden. Der Reformprozess der NATO muss wieder durch die politischen Entscheidungsträger der Mitgliedstaaten gestaltet werden. Nicht externe Expertengremien, sondern die NATO selbst ist der richtige Ort für den viel zu lange ausgebliebenen strategischen Dialog zwischen den Partnern.

Während die militärische Transformation gerade durch die Aufstellung der NATO Response Force, also schneller Eingreifkräfte, die innerhalb von fünf Tagen einsatzbereit sein können, deutliche Fortschritte macht, bleibt die Reform der politischen Entscheidungsstrukturen klar dahinter zurück. Stärkere militärische Kooperationen und schnellere militärische Reaktionsfähigkeit haben aber nur dann Sinn, wenn auch die politischen Entscheidungsstrukturen entsprechend effizient gestaltet werden und die Mitgliedstaaten in der strategischen Ausrichtung der NATO übereinstimmen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat auf der Münchener Sicherheitskonferenz in diesem Jahr die Weiterentwicklung des strategischen Konzeptes der NATO von 1999 gefordert. Der Deutsche Bundestag unterstützt diese Forderung. Die Grundlage für eine solche Weiterentwicklung können die Europäische Sicherheitsstrategie der Europäischen Union und die National Security Strategy der USA sein.

Innerhalb dieser Strategie muss auch eine funktionierende Rollenverteilung von EU und NATO erreicht werden. Eine zum eigenständigen politischen und militärischen Handeln fähige Europäische Union erfordert es, die spezifischen Fähigkeiten beider Organisationen zu einem kohärenten Krisenmanagement zusammenzuführen. Hier bietet die deutsche Ratspräsidentschaft die Möglichkeit, durch konkrete Initiativen die bisherigen Blockaden in der Kooperation zu verringern und zu einer echten strategischen Partnerschaft zu gelangen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle Anstrengungen zu unternehmen, um auf dem NATO-Gipfel in Riga den Einstieg in die Erarbeitung eines neuen strategischen Konzeptes zu erreichen, in dem die NATO wieder zu einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse und Strategien zu ihrer Bewältigung kommt, sowie die Rolle und die Ausdehnung des Bündnisses klar definiert werden,
2. sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die Konsultations- und Kooperationsmechanismen zwischen EU und NATO optimiert und mit Leben gefüllt werden.

Berlin, den 7. November 2006

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333